

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

145 (31.5.1920) Erstes Blatt

Das Vertrauensvotum für Millerand.

Wie wir bereits gestern darlegten, erhielt Millerand am Freitag von der französischen Deputiertenkammer ein sehr hartes Vertrauensvotum für seine Entschädigungspolitik Deutschland gegenüber. Wir tragen nun heute unseren Darlegungen vom Sonntag den Bericht des Wolffschen Bureau über den Verlauf der Kammerberatung nach.

Der gemäßigtere Sozialist Paul Aubriot begründete nach Eröffnung der Sitzung seine Interpellation über die Festsetzung der von Deutschland zu zahlenden Wiedergutmachung. Man müsse die Deutschen daran erinnern, daß sie Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag von Versailles hätten, die sie erfüllen müßten. Der Teil des Vertrages, der die Franzosen am meisten interessiere betreffe die Wiedergutmachung. Die Frage sei, ob die alliierten Regierungen berechtigt seien, sich, ohne die Parlamente zu befragen, an die Stelle des Wiedergutmachungsausschusses zu setzen. Der Vertrag von Versailles sei für viele Deputierte ein Minimum der Rechte Frankreichs gewesen. Wollte man also nun sich einem lächerlichen Abenteuer aussetzen und einen Teil dieser Rechte verlieren, indem man ein neues Minimum annehme? Der Anteil der Wiedergutmachung, der Frankreich zufalle, hätte vier- bis fünfmal größer sein müssen als der, der England zugeprochen werde. Die Politik der Generosität gegenüber Deutschland werde einzig und allein auf Kosten Frankreichs gehen. Der Interpellant warnte deshalb und ersuchte die Regierung, der massierten Armut und Misere Deutschlands zu misstrauen. Er hoffe, daß die Regierung sich nicht verpflichte und für Spaa freie Hand habe. Der konservative Abgeordnete Mandry d'Asson schließt sich den Ausführungen des Abgeordneten Aubriot an.

Ministerpräsident Millerand erklärte, in den bis jetzt stattgefundenen Verhandlungen sei noch keine Verpflichtung übernommen worden. Die Alliierten gingen nach Spaa als Forderungen, aber nicht als Verteidiger, mit vollkommen freien Händen, um die Ausführung des Friedensvertrages, aber nicht dessen Revision zu erzielen. Deshalb habe er auch den Abg. Aubriot, als dieser ihm seine Interpellation anführte, gesagt, daß seine nächste Debatte über die einfache Vorberatung erfolgen könne. Er müsse an die Erklärungen von San Remo erinnern, aus denen klar hervorgehe, daß die Alliierten nach Spaa gingen, um die Anwendung des Versailler Vertrages zu erzielen, aber nicht um ihn zu revidieren. Die Kontrollkommissionen würden mit Wachsamkeit und mit aller erforderlichen Eile ihre Aufgabe weiter verfolgen. Die Entlassung Deutschlands sei die erste Bedingung des Weltfriedens. Diese wesentliche Klausel müßten die Alliierten mit allen Mitteln zur Durchführung bringen. Es wäre eine Ungerechtigkeits- und ein Skandal, wenn die Urheber des Krieges nicht die Schuld, die sie sich verpflichtet hätten, zu zahlen, vollkommen entrichtet würden. (Beifall.) Selbst ein Bankrott Deutschlands würde das französische Volk nicht davon befreien, den Dofern dieses Krieges die Summen zu bezahlen. Glas-Noten und ganz Frankreich seien dafür Bürgen. Er habe sich bis jetzt niemals erlaubt, auch nur einen Schatten der Kritik gegen irgendeinen Urheber des Vertrages auszusprechen. Er wolle auch heute damit nicht anfangen. Die letzten vier Monate, seitdem er sein schweres Amt führe, hätten ihn davon überzeugt, gegenüber welcher ungeheuren Schwierigkeiten die Urheber des Vertrages sich befunden hätten. Er würde diese Schwierigkeiten leichtfertig durch eine Kritik verkleinern. Er nehme deshalb den Vertrag, wie er sei.

Nachdem Millerand jedoch die Artikel über die Wiedergutmachung gelesen hatte, erklärte er, er lege den größten Wert darauf, daß die Wiedergutmachungskommission in Funktion bleibe, denn sie sei das Organ, das die Jurisdiktion und Verwaltung bestimmen könne und über die Ausführung der Vertragsklauseln wachen müsse. Die Kommission müsse vollkommene Freiheit und Autonomie haben. Sie habe am 12. Mai eine beruhigende Antwort in bezug auf die Bons erhalten, die Deutschland als Anerkennung ihrer Schuld geben müsse. Diese Bons würden aber erst wertvoll an dem Tag, an dem man sie diskontieren könne. Es sei eine Tatsache, die mehrere französische Freunde mit einer gewissen Lebhaftigkeit hervorgehoben hätten, daß es von besonderem Interesse sei, sobald wie möglich den Betrag der deutschen Schuld zu finanzieren und deshalb habe man die Möglichkeit ins Auge gefaßt, schon jetzt den Betrag dieser Schuld festzulegen. Die

jenigen, die damit nicht übereinstimmten, behaupteten nun, damit käme man zu einer Revision des Vertrages, die nur mit Zustimmung der Parlamente möglich sei. Dieser These trat er formell entgegen. Durch den Vertrag sei bestimmt, daß die Wiedergutmachungskommission am 1. Mai 1921 diese Schuld festgelegt haben müsse. Aber nichts im Vertrage verbiete, daß das schon jetzt geschehe. Er gebe zu, daß es gewisse Ungelegenheiten habe, nicht bis zum nächsten Mai zu warten, weil man dann wertvolle Aufklärungen hätte. Aber die Kunst des Staatsmannes sei, zwischen großen Ungelegenheiten zu wählen. Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges lasten auf allen wirtschaftlichen Unternehmungen, namentlich auf denen Frankreichs. Dieser Lage müsse ein Ende bereitet werden. Keine Ziffer sei festgehalten. Der, der sie zitiert habe, habe falsch interpretiert. Die Auskünfte, die man seit einem Jahre erhalten habe, gestalteten den Betrag der französischen Wiedergutmachung auf 200 bis 210 Milliarden zu schätzen. Nach dem Stande vom 15. Mai seien das 70 Milliarden Goldmark. Diese Schätzung beruhe nicht auf der Zahlungsfähigkeit Deutschlands, sie hätte einfach den Zweck, den Gedanken festzuhalten. Der Wert der Wiedergutmachung hänge von vielen anderen Elementen ab, erheben von den Zinsen, zweitens von der Priorität, drittens von der Frage, ob die Verzinsung in die Summe einbezogen sein sollten oder nicht.

Millerand erinnerte an die letzten Erklärungen Bonar Law's im englischen Unterhaus, woraus hervorgehe, daß England Frankreich die Priorität verweigere. Das Wichtigste aber sei, daß man den alliierten Ländern effektive Realisierungen in Form von Kapitalien und Entschädigungen in Form von internationalen Anleihen geben wolle, woraus hervorgehe, daß die Alliierten eng verbunden sein müßten, um diese Anleihen zu kontrollieren, so daß also keiner der Alliierten isoliert sei in der Verteidigung seiner Interessen gegenüber dem Schuldner. Eine andere Methode bestände darin, lange Jahre auf Zahlungen zu warten. Die jetzt angenommene Methode aber zwingt nicht, mehr als zwanzig Jahre auf den Vertrag zu warten und man gebe nichts dabei auf die französische Regierung. Die alliierten Regierungen wollten nichts von ihren Pfändern aufgeben, namentlich von den besetzten deutschen Gebieten. In San Remo habe man dies nicht nur betont, sondern auch erklärt, daß, wenn Deutschland sich länger seinen Verpflichtungen entziehe, neue Gebiete besetzt werden könnten. Er wiederhole, daß die Politik Frankreichs eine Politik der Union mit seinen Alliierten sei, aber auch eine Politik des Einverständnisses mit Deutschland. Man wüßte lebhaft, daß Deutschland begreife, daß es nur nach dieser Richtung hin für Deutschland das Heil bestehe. Aber um diese Politik eines Einverständnisses und einer Union zu realisieren, müsse man zu Verhandlungen schreiten, die offen eine Politik der Realisierung und der Verantwortlichkeit verfolgen. (Lebhafte Beifall außer bei den Sozialisten.)

Millerand verlangte von der Kammer das Recht, mit den Alliierten alle notwendigen Garantien zu fordern, um zu einer neuen Realisierung zu gelangen. Die Kammer könne eine Lösung suchen, die ihr die beste im Interesse des Landes sei.

Loucheur erklärte, wenn Millerand eine Pauschalsumme von 70 Millionen Goldmark angenommen habe, summe von 70 Milliarden Goldmark angenommen habe, habe er Frankreich in eine schreckliche Lage gebracht. Die Summe sei ungenügend. (Millerand rief dagegen, er habe gesagt, daß noch keine Ziffer festgehalten worden sei.) Loucheur wiederholte, man könne mit Millerand über das Ziel einverstanden sein, wenn er von 200 Milliarden Francs spreche, aber nicht, wenn er von 66, 70 oder 75 Milliarden Goldmark rede.

Nach kurzen Bemerkungen von Vincent Auriol ergriff Briand das Wort und sagte, 1915 sei auf einer wirtschaftlichen Konferenz festgestellt worden, daß, da Frankreich das Schlachtfeld für die ganze Welt sei, seine Forderungen einen besonders privilegierten Charakter haben werden. Das Angst sei, daß, wenn eine Regierung der anderen folge, ihre erste Sorge sei, beiseitezuschieben, was der Vorgänger getan habe. Das allgemeine Interesse müsse die persönlichen Bequemlichkeiten verdrängen. Es sei gesagt worden, daß der Grundlag der finanziellen Solidarität niemals aufgestellt worden sei.

Es wurden acht Tagesordnungen eingebracht, die erste von den Sozialisten, die die Zerstörer, die im Laufe der Friedensverhandlungen

begangen wurden, bedauert und finanzielle Solidarität für den Wiederaufbau und die Pensionen verlangt. Die anderen Tagesordnungen, die von den verschiedensten Seiten ausgingen, verworfen teils die Pauschalsumme und verlangten teils vollkommene Ersatz für Schäden.

Millerand nahm die Tagesordnung Colrat an, die besagt, daß der Friedensvertrag von Versailles Deutschland die vollkommene Wiedergutmachung der Schäden an Personen und Gütern auferlege. Die Kammer nimmt die Erklärung der Regierung an und damit das Vertrauen, daß sie im Einverständnis mit den Alliierten die Interessen und Rechte Frankreichs wahren werde.

Louis Barthou erklärte, daß er der Regierung das Vertrauen schenke, denn er habe die Gewißheit, daß der Ministerpräsident bei der Entschädigungssumme nicht unter die Zahl heruntergehen werde, worauf Frankreich Anspruch habe. Er wolle dem Ministerpräsidenten die Freiheit der Handlung zusichern. Auch Tardieu ergriff das Wort, um den Unterschied zwischen der Tagesordnung Colrat und der von ihm, Kloy und Loucheur eingebrachten festzustellen. In dieser Tagesordnung wird der Vertrag als Grundlage für die völlige Wiedergutmachung der Schäden beanprucht. Tardieu bittet, seine Tagesordnung anzunehmen, damit der Vertrag von Versailles als Grundlage für alle weiteren Verhandlungen dienen könne.

Millerand erklärte trotz großer Unruhe, er nehme die Tagesordnung Colrat an, weil der Artikel 232 als Mittelpunkt des Vertrages angesehen werde. Er habe in Synthese erklärt, 120 Milliarden Mark korrespondierten mit der Summe von 200 bis 210 Milliarden Francs, die man Frankreich schulde. Diese letztere Ziffer habe am 15. Mai ungefähr 70 Milliarden Goldmark betragen. Es habe seinen anderen Wert als den, seinen Willen kundzutun, für Frankreich den Betrag der an Gütern und Personen erlittenen Schäden zu erlangen.

Die Tagesordnung Colrat wurde schließlich, wie bereits gemeldet, mit 325 gegen 68 Stimmen angenommen.

Die Pariser Presse.

Paris, 30. Mai. (Wolff.) Zu der Kammerberatung äußert "Le Petit Parisien", das Wesentliche sei, daß alle Redner Millerand ihr Vertrauen ausgedrückt hätten und seine grundlegende Erklärung, daß Deutschland die vollständige Wiedergutmachung der Schäden an Gütern und Menschen obliegen gelöst hätte. Nachdem dieser Grundlag angenommen sei, handele es sich nur noch um die Art der Durchführung.

"Echo de Paris" meint, jetzt handele es sich darum, den Vertrag, der keine Ausführungsmaßnahmen vorsehe, ausführbar zu machen. Wollte man zu einem selbständigen Vorgehen schreiten? Millerand habe das im April versucht und es sei nicht gelang, daß er es nicht noch einmal versuchen müsse; aber man solle sich in acht nehmen. Durch dieses Spiel laufe man Gefahr, wie 1840, in Europa isoliert zu werden, mit der Erwähnung, daß angesichts des niedrigen Standes des Frankens Frankreich mit Deutschland und Rußland zu den Isolierten des Weltalls zählen werde.

"Figaro" ist der Ansicht, Millerand verfinde in die wirtschaftliche Schuldenerkennung umzuwandeln, was nur Verhinderung sei. Er wolle sofort realisierbare Werte schaffen, die Frankreich ohne Bezug auf den Weltmarkt diskontieren könne. Aber auf die en Wechsel Deutschlands sei das Giro der Alliierten nötig. Das schienen die Gegner Millerands zu verfehlen.

In der "Humanité" sagt Marcel Cachin, nur drei Mittel könnten Frankreich aus den Schwierigkeiten herausführen, erstens, daß die Alliierten Frankreich auf die ersten deutschen Zahlungen die Priorität zuerkennen würden, zweitens, daß sie die Bons diskontieren, die man erhalten würde, und drittens, daß die internationale Anleihe de französischen Finanzen verbessere.

"Journal du Peuple" erklärt, die Festsetzung eines Pauschalbetrages für die Kriegsschädigungen habe den Betrag, das Konto abzuschließen. Das offene Konto erhalte, wenn nicht der Kriegszustand, so doch den Zustand des Hauses aufrecht.

"Action Française" meint, Millerand habe sich seinerzeit zur kühnen Ausführung bekannt. Als er aber kein Programm habe erfüllen wollen, habe er die Unmöglichkeit eingesehen. Jeder andere an seiner Stelle hätte den gleichen Weg gehen müssen. Er habe zu wählen gehabt zwischen endlosem Warten auf Zahlungen

die nicht erfolgten, und die durch nichts garantiert seien und zwischen tatsächlichen Zahlungen oder, wie Millerand sage, zwischen Realitäten. Er bringe aber die Schlussfolgerung: Keine Realitäten ohne Bürgschaft.

Eine Vertretung der Pariser Wiedergutmachungskommission in Berlin.

Berlin, 30. Mai. Wie das "Acht-Uhr-Abendblatt" aus zuverlässiger Quelle erfährt, beschloß die Pariser Wiedergutmachungskommission, in Berlin eine Vertretung der Wiedergutmachungskommission einzurichten, die aus je einem französischen, englischen, italienischen und belgischen Delegierten bester wird. Die Teilnahme Amerikas bildet noch Gegenstand von Verhandlungen. Der französische Vertreter wird über Deutschlands Industrie und Bergwerke zu berichten haben. Der englische Delegierte soll sich mit Geldinstituten, Kreditfragen und allgemeinen Finanz- und Weltausgangslagen beschäftigen. Der italienische Vertreter wird mit der Untersuchung der Verkehrslage betraut sein. Dem Belgier soll die Aufgabe zufallen über die Verhältnisse der deutschen Landwirtschaft zu berichten. Der Generalleutnant des neu anzuordnenden wirtschaftlichen Informationsbüros, der französische Willemeur, ras bereits vor einigen Tagen in der Reichshauptstadt ein. Der Vertreter Frankreichs wird Professor Haguenin sein, der bereits seit längerer Zeit als Leiter der französischen Wirtschaftskommission in Berlin tätig ist. Die anderen Delegierten sind noch nicht ernannt.

Die schwarze

Von zuständiger Stelle vertraut zu den Abrechnungsbüchern der letzten Savasnote bezüglich der Gewalttaten der farbigen französischen Truppen im besetzten deutschen Gebiet, daß eine deutsche Sammlung des Anlagematerials in Vorbereitung sei. Die Zahl der geschlechtlichen Ertränkungen unter der weiblichen Bevölkerung seit der Besetzung des rheinischen Gebietes durch die Franzosen ist in geradezu erschreckendem Maße gestiegen. In einer Reihe von Fällen sind Kinder von 11 bis 14 Jahren geschlechtlich mißbraucht und angefaßt worden. Das Gefühl der Empörung über die Kulturkämpfe, die der Ration zur Last fällt, die über die deutschen Frauen und Mädchen das fürchterliche Martyrium verhängt hat, brennt zu Schmerzhaft, als daß die leeren Straßen der Savasnote irgendwelche Wirkung üben könnten.

Erfreulicherweise gibt es auch in Frankreich selbst Leute, die gegen die Verleumdung der Rheinlande durch schwarze und gelbe französische Truppen lauten Protest erheben. So wendet sich der französische Sozialistenführer Jean Longuet gegen die Verwendung von afrikanischen und asiatischen Truppen zur Besetzung europäischer Städte und schreibt dann wörtlich: "Die Besetzung des Gebirgslandes Oetztes mit diesen Truppen ist ein Symbol, das das ganze denkende Europa und alle die in Frankreich, die den edelsten und ruhmreichsten Ueberlieferungen unseres Landes treu zu bleiben wünschen, schmerzlich berührt hat." Longuet zieht aber auch eine Lehre für Frankreich selbst aus diesen Vorgängen im besetzten deutschen Gebiet, indem er weiter schreibt: "Aber darüber hinaus macht sich die arbeitende Bevölkerung Frankreichs klar, daß ihr selbst eine besondere Gefahr droht. Morgen werden diese marokkanischen und jenseitigen Truppen gegen die französischen Arbeiter und ihre Familien nach Rußland und Westeuropa eingekerkert werden." Wer sich gegen die "schwarze Zeit" wende, der handle geradezu als Freund des französischen Volkes. Auch das Pariser Blatt "Le Populaire" protestiert voll Entrüstung gegen die Besetzung des Goethe-Hauses in Frankfurt a. M. mit schwarzen Truppen und verlangt ganz energig die Befreiung des Namens jenes Offiziers, der für diese Schmach verantwortlich ist.

Gewichtiger als die Stimme des Sozialistenführers Longuet ist die Warnung, die Rom in Holland, der Verfasser von "Jean Chri-

Badisches Landestheater.

Moliere-Lustspiele.

Wenn man das Leben des früheren Advokaten Poquelin kennt und daraus weiß, wie dieser ernste, fast melancholische, sich wörtlich zu Tod arbeitende, geschlagene Gemann von seiner süßen Armande geliebt wurde, wie er als größter Dichter seiner Zeit die Niederracht der Welt an sich erfuhr, bis er, weil die Welt kein ehrlich Vergnügen verweigerte, unterm Hohn eines verbehten Pöbels nachts eingescharrt wurde, der dann schon daraus die Ursache erpäriet finden, daß Komödienbücher zulieft immer Tragödien sind. Die Form, in der das Leben überwunden wird, kann lustspielig sein, der Kern der echten Komödie ist immer die durch Satire befreite und geistvoll aufgelöste Tragödie. Moliere hat mit unsäglichem genialem Ueberblick und scharfem Behaltungsvermögen die Spieler in der menschlichen Tragikombdie in Leben tropende Typen aufgeteilt, die heute nach einem Viereljahrtausend in ihren Grundrissen noch unverminderte Geltung haben. Seine Hauptfiguren: Haragovan, Tartuffe, der eingebildete Kranke, George Dandin sind nicht nur Charaktere, sie sind allgemein gültige Begriffe geworden. Das bedeutet höchste Schöpfkraft und ist überlebende Lebensbesehung. Daß Moliere aufwühlende und dauerwertige Theaterstücke schrieb, ist nur die Zufallsform und nicht das Wesentliche. Und gar, daß er als Schauspieler die sogenannten guten Rollen schrieb, ist sub specie aeternitatis überhaupt gleichgültig. Gewiß ist heute noch Jahr und Tag auch die Theaterwirkung der Moliere'schen Komödien unaussprechlich, aber trotzdem entfällt gerade eine heutige Aufführung das sterbliche Weimert, das nicht durch die Dichtungswerte, sondern durch eben das Theaterstück moderner Hörer zum Bewußtsein kommt. Keiner unter den modernen Komödienschauspielern darf dem Vater Moliere die Mienen des Socus läsen, aber doch dürfte keiner von diesen Heutigen z. B. die Kapuzinerklosterimplikationen bringen, mit denen Moliere die Komik löst. Das ist rühmlich, es geht also die Kunst trotz weiter unruhiger Streden und Umwege doch stetig aufwärts. Und weiter gilt auch dies: Wer Blut von unserm Blut, Welt

von unserer Welt, Kämpfe von unsern Kämpfen bringt, der sagt uns, unbeschadet aller Verehrung der Klassizität, feilsch mehr als der Dichter aus vermehrter Zeit. Darum ist selbstgerechter, ach so billiger harkköpfiger Konserwativismus in Kunstdingen schlimmer als selbst größtenwahnige Blasphemierung der Alten durch die Jungen.

Nach diesen amorphen Zwischenaktgedanken zur Vorstellung der beiden Moliere'stücke am Samstag. Intendant Fuchs versprach uns nach dem grünen "Gaman" und dem blutigen "Macbett" auch mal lustig Komödie zu spielen. Und er hat dieses Versprechen bestens eingelöst. Ueberflüssig zu sagen, daß die "Comedie française" die Lustspiele ihres größten heimatischen Dichters in Farben, Tönen und in dem nicht beschreibbaren, noch viel weniger nachahmbaren Eigenleben der Landsleute wohl anders geben würde, als es der natürliche Unterschied des überlegten Werkes im fremden Land mit sich bringen muß. Man gab hier in einfachen, linearen, hölzernen Figuren mit derbem Humor, in sorgfältiger Erfüllung des Wortes "Die gelehrten Frauen" und den "Eingebildeten Kranken", ohne die Dankbarkeit der Figuren, wie es sonst so oft geschieht, durch Klownerie zu übertreiben. Der Abend reichte sich würdig den zahlreichen früheren Moliere'stücken des weiland Hoftheaters an. Wir erinnern nur an den ausgedehnten "Misanthrop" im Jahr 1911, an den "Geizigen" und an die außerordentlich hübsche Rheinhardt'sche "Heirat wider Willen" in der Hofmannsthal'schen Fassung mit einer kleinen Kammermusik im Jahr 1912; beide Stücke unter Kienker's Regie. In sympathischer Sachlichkeit und literarischer Vornehmheit verzichtete Intendant Fuchs auf irgendwelche Ausfallenheiten und ließ ausschließlich dem Dichter die Dominanz. Durch pausenlosen Ablauf verstärkte er Konservation und Gesamtwirkung. Die aufgeräumte Stimmung des Hauses quittierte dem Theaterdirektor den guten Griff, den er mit der Wiederaufnahme des klassischen französischen Lustspiels, das als Weltliteratur übernational ist, getan hatte. Auch die Scene vertriebte. Erwa die Medaillonbildnisse im Zimmer des ersten Stückes, die von einem an Symbolismus erkrankten Kunstgewerbeschüler von heute und nicht aus dem 17. Jahrhundert zu stammen scheinen, soll-

ten verschwinden. Die Vorlesungen der Dichtungen des Triffoin in den "Gelehrten Frauen" verträge ohne Nachteil einige Striche. Im übrigen hat gerade die flotte und seine Fuldabertragung, die mit ihren gemachten und wichtigen Versen den Franzosen famos eindeutsch, eine besonders feine Wirkung erzielt.

In der Besetzung einiger Frauenrollen konnte man den Zwang der augenblicklichen, nicht dauernd fundierten Personerverhältnisse erkennen. Doch bestanden die Damen F a r l e b und F e l s n e r, jene als herbe und geistreiche Armande, diese als liebliche und anmutige Henriette durchaus. Alwine Müller (Wesle) mit ihrer bewundernswürdigen Frische und Spannkraft brachte Zug und Leben in die zuweilen gleichförmig werdenden Dialoge. G e m m e c k e und P. M i l l e r bewiesen wie immer eindringliche Charakteristik, Originalität und schauspielerische Intelligenz. Selbst unter der gewiß autoritativen Wucht des Regisseurintendanten behielt P a s c h e n seine Sonderart, doch sagt nicht, daß dies ein Fehler sei. Marie G e n e r (Martine), gewiß keine Französin, aber siehe hierwegen das oben zur Charakterisierung der Gesamthaltung der Inszene Gesagte, bewies neuerdings die Wichtigkeit ihrer Domäne. Marie F r a u e n d o r f e r fiel in beiden Stücken vielleicht zu hart und spitzig aus, aber der Erfolg war unzweifelhaft; desgleichen bei der bewährten Poltrigkeit F r i t z H e r z, der behaglichen Komik Karl D a p p e r s, der unverwundlichen Paume der E l s e R o o r m a n. Sehr beherrschend und durchgehalten gab Hugo H ö d e r den Argan; nett und anmutig waren dessen beide Töchter durch Steffi W e g e r e und die kleine M a n g e l verfürpt.

Der wohlgeclungene Abend mühte sich trotz Volksbühne vorzüglich für einheitsbillige Vorstellungen eignen, auch für Schüler höherer Klassen.

"Don Juan". Als Cloira gastierte in der gestrigen Aufführung Hermine Bosetti, die berühmte Münchener Kammerfängerin. Auch heute noch, obwohl auch ihre Stimme der Zeit ihren Tribut zahlen mußte, trägt der Gesang der Künstlerin eine besondere Note. Ueberrassend kräftig — bei einer Koloraturfängerin — ist die-

fer Sopran, der manchmal noch Töne von großer Schönheit und hartem Duft entfaltet. Bewundernswert ist die Gelangstechnik der Künstlerin. Mit reifem Stilgefühl und harter Leidenschaft sang Hermine Bosetti die Partie; kraftvolle dramatische Akzente, auch im Flug angelegten Spiel, belebten die sonst oft so matt erscheinende Gestalt der Cloira. H. Wd.

Theater und Musik.

Konzert Luise Mos — Wilhelm Schubert. Wer ein Programm mitbring, wie diese beiden Konzertgeber, der wird von sich schon etwas verlangen, und man kann von ihnen etwas verlangen. Dies Programm, durchaus konzentriert auf geistig inhaltvolle Musik wie Regers Suite im alten Stil und Beisemanns F-dur-Sonate, daru beide sich zum Spiel vereinten, und das höchste wertige von Bauer neulich gebrachte Orgelkonzert Friedemann Bachs (in Strabals Kapellervertragung), das neben Brahmsintermezzo Luise Mos allein gab. Dies Programm offenbarte an sich schon das Wesentliche auch von dieser Künstlerin pianistischem Können. Dies ruht sicher und gut fundiert in einer wohlgepflegten Tendenz zu persönlicher Gestaltung und einer begiegnen Kraft, sich auszusprechen und das Gewollte anhaltend zu machen. Zweifellos überwiegt ein robustes, fast männlich prononziertes Temperament über dem Ausdruck harter Empfindung. Daß noch etwas an dem kritikalsten des Anschlags, dem Ausbleich (besonders der linken Hand) da und dort zu fehlen ist, beeinträchtigt nicht die Freude und die Hoffnung an der Gesamtergebnung der Künstlerin.

Ob der Geiger Wilhelm Schubert die gleiche Hoffnung gibt, wage ich nicht zu entscheiden. Er ist ein korrekter Spieler, dessen Ton nicht übermäßig laut und modulationsvoll klingt.

Die Wiener Musikwoche, die dazu dienen soll, durch Vorkaufführungen der Wiener Meister dem internationalen Publikum die Stellung Wiens als Stadt unerfölicher Kultur in die Erinnerung zu rufen, wurde mit einer Festversammlung im Rathaus eröffnet, an der Präsident C e i g, die Mitglieder des Kabineits, die Vertreter der ausländischen Staaten sowie zahlreiche hervorraende Persönlichkeiten teilnahmen.

„Koch“ mit Henri Barbusse und Anatole France einer der Väter der „Clarté“, im Maßstab der Monatschrift „Forein Affairs“ erhebt. Romain Rolland erscheint die Einführung kaiserlicher Truppen nach Europa als die logische Konsequenz der grausamen und erpresserischen Kriege in Afrika: „Es war unvermeidlich, daß die Regierungen die unterworfenen Völker für ihre fremden Kriege verwendeten. Ebenso ist es unvermeidlich, daß sie sie künftig in ihren Bürgerkriegen verwenden werden.“ Rolland erinnert daran, daß er schon in den ersten Tagen des Weltkrieges, im September 1914, darauf hingewiesen hat, wie die Weltmächte unerbittlich ihren eigenen Ruin betreiben, indem sie Türken, Japaner, Eingalefen, Sudauesen, Senegalesen, Mauren, Ägypter, Sibirier herbeiziehen. Damals habe ihn der Jorru der verbündeten Völker getroffen; er fährt fort:

„Diese unglücklichen Völker verstanden nicht, daß die Waffe, die sie gebrauchten, sich früher oder später gegen sie wenden würde. Es wird nicht möglich sein, die Schwarzen und die Gelben wieder aus Europa hinauszubringen, nachdem man sie in die Geschichte dieses Erdteils hineingezogen hat. Die Geschichte des letzten halben Jahrhunderts gibt uns das furchtbare und bedrückende Schauspiel eines rächenden Schicksals, das Europa in einer Art von sinnlosem Mauth in seine eigene Fährnis hineintreibt. Die unglückliche Blindheit der Staatsmänner, die abnungslos Europa an die schwarzen und gelben Kontinente, die sie mit eigenen Händen bewaffnet haben, ausliefern, ist selbst das unbewußte Werkzeug des Schicksals. Ich zweifle, ob dies Schicksal fest noch abgemindert werden kann. Aber solange noch Raum für Hoffnung ist, solange muß der Mensch, der diesen Namen verdient, gegen das Schicksal kämpfen.“ So Romain Rolland. Allein die französischen Generale und Staatsmänner, die Herren Foch und Millerand, denken nicht im entferntesten daran, gegen dieses schwarze und gelbe Schicksal zu kämpfen, das ihr eigenes Land bedroht, im Gegenteil, sie freuen sich der „schwarzen Pest“ und lassen durch Savas-Noten der Welt mitteilen, es sei gar nicht wahr, daß diese Art von Besatzungstruppen so schlimme Kerle seien.

Das die weißen Franzosen wertvoller wären, kann man nicht behaupten, wenn man nachhebende Meldung, die augenblicklich die Runde durch die deutsche Presse macht, liest. „Am Freitag, den 27. Mai, gegen 2 Uhr nachmittags und mit dem Motorboot „Albatros“ von der Küste bei ein Offizier und etwa 35 Mann des 26. französischen Infanterie-Regiments und ein Matrose in der zum Kreis St. Vast gehörenden Stadt Caude, die im unteren Gebiet liegt. Die widerrechtlich gestandene Gruppe versammelte sich vor dem Bäckereibau, wo der Offizier eine Rede hielt, wobei die Mannschaften stöhnend erwiderte und welche in der Fortsetzung, das Denmal durch Anwesenheit zu versichern. Der Offizier kündigte den Mannschaften in dieser Zeit an, daß die Besatzungstruppen in dieser Zeit anwesend sind. Der Offizier rief eine Versammlung zusammen, nur durch die Besatzungstruppen wurde ein Zusammenstoß verhindert. Der Offizier und die Soldaten verließen die Versammlung mit Revolvern und Pistolen. Beim Abmarsch über den Rhein rief der Offizier die Besatzungstruppen „Schweinebande“ zu.“

Das größte Schwert war nach unserer Meinung in diesem Falle der Offizier und die Bande seiner Begleiter. Fährnarr, nette Kulturtruppe!

Degouttes Dank an die Senegaleser.

Das „Echo du Rhin“ veröffentlicht einen Tagesbefehl des Oberkommandierenden der französischen Rheinarmee General Degoutte, in dem dieser der senegalesischen Brigade, die die Rheinarmee verließ, weil sie zu einer Vertrauensmission auf ein auswärtiges Operationsgebiet (Syrien) berufen worden sei, seinen Dank ausspricht und bemerkt, daß die Truppe sich durch ihre Herzlichkeit und Einfachheit die Sympathie aller Bewohner der besetzten Gebiete erworben habe, die mit ihnen in Verbindung gekommen seien. Der gefällige Gedanke gegen alles, was französisch sei, könne sie nicht erreichen. Sie könnten mit Stolz ihre Strenge (1) und ihr hohes Pflichtgefühl als Menschen und Soldaten ins Feld führen gegenüber den perfiden Anklagen von Feinden, die so leicht die Schreden vergessen, deren sie sich in Afrika wie in Frankreich und Belgien schuldig gemacht hätten. Das „Echo du Rhin“ betont aus diesem Anlaß, daß die Abberufung der Senegal-Brigade vom Rhein keine Folge der deutschen Campaigne gegen die schwarzen Truppen sei.

Soweit die durch das B.L.Z. verbreitete Meldung keine größere Freiheit und Wiederbeschäftigung als diesen Rheinübergangsversuch des Herrn Degoutte kann sich ein anständiger Mensch nicht denken.

Reichsminister Dr. Koch über die künftige Koalition.

Am Freitag hielt Reichsminister Dr. Koch in Steglitz eine Rede, in der er sich eingehend über die künftige Koalitionsbildung verbreitete. Dabei betonte er, er halte die gegenwärtige Koalition für notwendig. Wenn sie einmal in die Brüche gehe, werde es keinen vernünftigen Menschen geben, der nicht einjähre, was er an ihr verloren habe. Er habe schon vor 20 Jahren in der Kommunalverwaltung den Standpunkt vertreten, daß man Deutschland nicht ohne die Arbeiterschaft regieren könne. Wenn man damals die Arbeiterschaft allmählich zum Mitregieren herangezogen hätte, so hätte die Arbeiterschaft das nicht in der schwierigen Stunde plötzlich lernen müssen und manche Unzulänglichkeiten, unter denen selbst die eigenen Führer der Sozialdemokratie heute zu leiden hätten, wären vermieden worden. Auch hier sei das neue Regime mit den Verhältnissen des alten belastet. Unmöglich sei es, wegen solcher Unzulänglichkeiten auf die Mitarbeit der Arbeiterschaft zu verzichten. Der Sozialismus sei in Deutschland nur dann eine Gefahr, wenn die Mehrheit der Arbeiterschaft bolschewistisch werde. Dazu sei ein Abdrängen der Sozialdemokratie von der Regierung und die Einführung eines Reichstages aber das beste Mittel. Wenigstens aber könne Deutschland allein durch die Arbeiterschaft regiert werden. Schon als bei der letzten Kabinettkrise in der durch den Rapp-Bußch nach links orientierten Sozialdemokratie der Bekande einer reinen Arbeiterregierung aufgetaucht sei, habe er demgegenüber erklärt, daß eine solche Regierung sofort ein Mißtrauensvotum von seiner Partei und der Mehrheit des Parlamentes erhalten werde und sich auflösen müsse, ob sie

etwa den unmöglichen Versuch machen wolle, sich als Räteregierung am Ruder zu erhalten. Auch einer Unterwerfung unter irgendwelchen Forderungen der Gewerkschaften werde sich seine Partei in Zukunft ebenso mit Entschiedenheit widersetzen wie bisher. Man könne nicht zwei Herren dienen, der Räteregierung und der Demokratie.

Auf der anderen Seite sei es erwünscht, daß das Bürgertum im weitesten Sinne des Wortes in der Koalition möglichst stark vertreten sei. Wer sich entschlossen und klar auf den Boden der neuen Verhältnisse stelle, gehöre hinein. Die Deutsche Volkspartei trete nenerdings mit dem Wunsch hervor, in die Koalition hineinzukommen. Wenn das wirklich ihre Absicht sei, so sei die Politik, die sie bisher gemacht habe, agitatörisch vielleicht richtig, politisch und national aber überaus verfehlt. Damit, daß man die Volksversammlungen mit Klagen über das verlorene Bürgertum füllt, damit, daß man die Regierung und die Demokratie für alle Schäden der Zeit verantwortlich mache, möge man wohl hier und da unläsliche Wähler fangen, man könne aber damit nicht den Boden für den Eintritt in eine demokratische Regierung vorbereiten.

Nachdem die Deutsche Volkspartei ein Jahr lang die Demokratische Partei wegen des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie des Vertrauens im Bürgertum bezichtigt, nachdem sie die Mitglieder der Regierung als unfähig und böswillig hingestellt habe, anstatt die ersten sachlichen Schwierigkeiten jeder heutigen Regierungstätigkeit anzuerkennen, nachdem sie sich über Demokratie und Parlamentarismus immer wieder auf das Allfällige geduldet habe, kann die Partei nicht erwarten, daß man ihr jetzt ein Kalb schlachte, wenn sie, wie der verlorene Sohn, nun zurückkehren wolle. Durch das Verhalten der Partei während des Rapp-Bußches, namentlich durch den Aufmarsch vom 13. März, sei das Mißtrauen der Arbeiterschaft wieder gemacht und ihr Verhalten in der Wahlbewegung, wo sie den Kampf ausschließlich nach links führe und den alten, verbrauchten und aufreizenden Unterschied zwischen national gesinnten und nicht national gesinnten Parteien wieder aus der Rückammer hervorgeholt habe, sei die Erklärung des Reichstanzlers Müller in Nürnberg geradezu provoziert worden.

Wenn die Deutsche Volkspartei wirklich hätte mitmachen wollen, so hätte sie längst ihre Politik ändern müssen, anstatt einfach einseitig und unfähig zu erklären, sie wolle in Zukunft an der Regierung teilnehmen. Böllig unverständlich sei es aber auch, wenn sie immer noch erklärt, wie Marelli in Frankfurt und Oldemeister in Bremen, sie wolle zwar in die Koalition eintreten, auf Kompromisse aber werde sie sich nicht einlassen. Ob die Deutsche Volkspartei denn denke, daß nach ihrem Beitritt Herr Scheidemann, Herr Peteren und Herr Trindorn schlechweg die Politik der Deutschen Volkspartei machen würden? Solche Darlegungen ließen vermuten, daß die Deutsche Volkspartei sich die Konsequenzen ihrer Haltung nicht klar mache und daß es ihr bei der ganzen Sache in erster Linie darauf ankomme, solche Wähler zu gewinnen, die keine Lust hätten, weitere drei Jahre in der Opposition zu bleiben, die aber den Wunsch hätten, die bestehende Koalition möglichst nach rechts zu drücken. Wer wirklich den nicht sozialdemokratischen Flügel der Koalition stärken wolle, werde richtiger tun, demokratisch zu wählen. Als der Abgeordnete Stresemann im Januar die Deutsche Volkspartei mit einer vielumwobenen Braut verglichen habe, habe er (Koch) in Bremen erklärt, er fürchte, daß sie eher einer törichten Jungfrau gläbe, die den Anschlag verpasse. Die dazwischen liegenden Ereignisse beweisen, wie verhängnisvoll die schwankende Haltung der Deutschen Volkspartei gewesen sei.

Die deutsche Republik.

Ein Teilergebnis der Garnisonen Groß-Berlins. Nach einer Mitteilung des Reichswehrministeriums erschienen gestern die Kommandeure der Garnisonen von Groß-Berlin beim Reichswehrminister, um ihm die feierliche Erklärung abzugeben, daß sie und die ihnen unterstellten Truppenteile bedingungslos hinter der Verfassung ständen und daß sie mit ihren Truppen bereit seien, die Verfassung gegen jeden gewaltsamen Umsturz, komme er von Rechts oder Links, auch mit der Waffe zu schützen. Der Reichswehrminister nahm diese Erklärung mit Befriedigung und Dank entgegen und machte dem Reichspräsidenten davon Mitteilung.

Volksnahrung, Wohnungswesen, Tuberkulose.

Gässa hört man das Wort: Die Tuberkulose ist eine Wohnungsfrage. Betrachtet man aber die Angaben in dem Bericht der „Sozialhygienischen Mitteilungen“, Zeitschrift für Gesundheitspolitik und -Befehlsgebung (Verlag der E. F. Wäterschen Buchhandlung Karlsruhe), so erscheint es recht zweifelhaft, ob dies Schlagwort zurecht ist. Die genannte Zeitschrift stellt nämlich an der Hand amtlicher Veröffentlichungen fest, wie hart die Volksernährung während des Krieges gelitten hat. So ist in Deutschland z. B. die Zahl der Schweine, an denen die Schlacht- und Fleischbeschlau vorgenommen wurde, in der Zeit von 1913 bis 1918 von 17,8 auf 2,4 Millionen gefallen, die Zahl der Küder ist von 4,0 auf 1,7 Millionen gesunken. Die zur Verfügung stehende Milchmenge betrug in bayerischen Städten im Jahre 1918 nur etwa die Hälfte des Quantums vor dem Kriege. Die deutsche Zückererzeugung betrug im Jahre 1918/19 nur etwa 2,6 Millionen Tonnen, im Jahre 1917/18 dagegen nur auf 1,5 Millionen Tonnen. Im Vergleich zum Nahrungsweesen verhält es sich aber dem Gebiete des Wohnungswesens während des Krieges keine besondere Not. Es gab sogar, nach der Zählung vom Mai 1918, eine ganze Reihe von Großstädten, in denen von einem Mangel an Kleinwohnungen keine Rede sein konnte. Da sich nun während des Krieges die Tuberkuloseerkranklichkeit sehr erheblich vergrößert hat, so kommen die „Sozialhygienischen Mitteilungen“ zu dem Schluß, daß die Tuberkulose in allererster Linie eine Ernährungsfrage ist. Diese Feststellung ist naturgemäß für die Art der Seuchenbekämpfung von hoher Bedeutung.

Wahlbewegung.

Die badischen Wahlvorschläge. Der Wahlleiter des 25. Reichstagswahlkreises veröffentlicht die zur Reichstagswahl eingegangenen sieben Wahlvorschläge in nachstehender Reihenfolge: 1. Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei, 2. Wahlvorschlag der Deutschen

Volkspartei (Deutsche [liberale] Volkspartei in Baden), 3. Wahlvorschlag der Zentrumspartei, 4. Wahlvorschlag der Deutschen Demokratischen Partei, 5. Wahlvorschlag der Deutschnationalen Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden), 6. Wahlvorschlag der kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) und 7. Wahlvorschlag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Baden.

Ein Wahlabkommen unter den Parteien in Karlsruhe.

Aus Anlaß der Reichstagswahlen haben die politischen Parteien in Karlsruhe, nämlich die Deutsche Demokratische Partei, die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche (liberale) Volkspartei, die Sozialdemokratische Partei, die Unabhängigen Sozialdemokratische Partei und die Zentrumspartei folgendes Übereinkommen getroffen: Die Wahlzettel und die Benachrichtigung sollen durch die Vermittlung der Stadt Karlsruhe an die einzelnen Wähler aufgestellt werden. Die Parteien verzichten auf eigene Zettelverteiler und Ausrufer vor dem Wahllokal. Innerhalb des Gebäudes, in dem gewählt wird, werden die Wahlzettel auf einem Tische aufgelegt. Jede Partei stellt für jeden Eingang zu den Wahllokalen einen Vertrauensmann zur Beaufsichtigung der Stimmzettel. Das früher übliche Verbot der ständigen Wähler durch die Parteien findet nicht mehr statt.

Aus Baden.

Obermeisterung des Badischen Schloßermeisterverbandes.

Am 26. Mai fand im „Friedrichshof“ zu Karlsruhe eine Obermeisterung des Landesverbandes der badischen Schloßermeister statt. Von dem Verbande angelegten 18 Innungen und Vereinigungen waren 14 vertreten. Die Tagesordnung war sehr umfangreich. Der 1. Vorsitzende Schloßermeister A. Daler von Karlsruhe eröffnete 10 1/2 Uhr vormittags die Sitzung. Geschäftsführer Gemeindevorsteher E. Schmedel von Karlsruhe, erarbeitete Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes seit der Errichtung der Geschäftsstelle im März 1920. Die hauptsächlichsten Arbeiten waren zu leisten auf dem Gebiete des Vertragswesens (Ausarbeitung des Entwurfs zu einem Landesstatut) auf dem Gebiete des Lehrlingswesens (Ausarbeitung von Richtlinien) sowie auf dem Gebiet der Organisation (Aufstellung einer Kartothek und Vorarbeiten zur Gründung neuer Organisationen). Eine den jetzigen Verhältnissen entsprechende Vertragsreform wurde beschlossen. Des weiteren wurde mitgeteilt, daß am 3. Juli d. J. in Bayreuth ein Verbandstag deutscher Schloßerinnungen stattfindet. Der Vorsitzende konnte die äußerst anregend verlaufene Tagung 6 Uhr abends schließen mit dem Wunsche, daß sie ein Ansporn zu weiterer enger Arbeit im Dienste der Berufsorganisation und darüber hinaus zum Wohle unseres Vaterlandes sein möge.

.. Sinsheim, 30. Mai. An den Folgen einer im Krieg erlittenen Gasvergiftung ist im Heidelberger Krankenhaus der Maler Emil Ganzenmüller von hier gestorben. Als seine 32jährige Frau die Todesnachricht erhielt, machte sie ihrem Leben durch Erhängen ein Ende.

.. Offenburg, 30. Mai. Der Windschlag der Bauernaufruffand am 15. März 1919 anlässlich einer durch den Kommunalverband Offenburg-Land angeordneten Aufnahme der Heu- und Getreidevorräte fand letzter Tage sein Nachspiel vor der Strafkammer. Vier Angeklagte, Landwirte vom Windschlag, hatten sich wegen Landfriedensbruch zu verantworten, sie wurden aber freigesprochen, da ihre Beteiligung nicht bestimmt nachgewiesen werden konnte. Ein weiterer Angeklagter wird sich vor dem Schwurgericht verantworten müssen. Der vom Schwarzwalde, 30. Mai. Wieder liegt, wie schon vorgeführt, eine endlos lang erscheinende schwere Gewitternacht hinter den Bewohnern des Schwarzwaldes. In allen Himmelsrichtungen trat schon gestern abend 8 Uhr hartes Wetterleuchten auf und über verstreuten Teilen des Schwarzwaldes stießen von 10 Uhr abends bis 3 Uhr früh mehrere Gewitter aufeinander, die sich mit gewaltiger Wucht entluden. Die Stadt Willingen wurde nach Mitternacht durch Generalalarm aus der Ruhe angeheult; in Unterkirnach war in einem Geschäftshaus im Ort anheimgelassen durch Blitzschlag Feuer ausgebrochen, das bei dem Gewitterschauer besonders gefährlich schien. Den vereinten Bemühungen gelang es, des Brandes nach etwa einer halben Stunde Herr zu werden, wobei der wolkenbruchartig strömende Regen sein gut Teil Verdienst tat. Auch in südlicher und nördlicher Richtung wurden Feuerherde wahrgenommen, die offenbar von durch Blitzschlag in Brand gesetzten landlichen Anwesen kammen. Im übrigen haben die Gewitter nur stichweise leichten Schaden angerichtet.

Aus dem Stadtkreise.

Den letzten Sonntag des Mai leitete ein nächtliches Gewitter ein, das endlich den leidenden Fluren das Himmelsnag brachte. Elektrische Entladungen von solcher Heftigkeit und Dauer waren in letzter Zeit selten. Der Blitz dürfte wiederholt eingeschlagen haben. Dessenungeachtet ist das ohne Schädigung an Leben und Gütern geschehen. Der Sonntag mit seinem morgens kaum erkennbaren Witterungscharakter hielt manchen von einem Ausfluge ab, der dann sehen mußte, wie die Matensonne nachvoll drohende Wolkenvorhänge zerreißen und den Abend mit ihrer Feuerglut vergolden kann. Nach der erquickenden Kühle war gerade der Sonntagabend von einer heridenden Schönheit, die dem zu Ende gehenden Monat alle Ehre machte und die Landschafts-Weize unserer herrlichen Heimat noch einmal voll zur Geltung brachte. Der Verkehr war trotz der erwähnten Unsicherheit des Wetters überall sehr lebhaft.

Blitzschlag. Am 30. d. Mts., früh zwischen 2 und 3 Uhr, schlug der Blitz, ohne zu zünden, in ein Haus der Kriegstraße ein, wodurch das Dach beschädigt und die elektrische Klingelleitung zerstört wurde.

Selbstmordversuch. Heute früh zwischen 1 und 2 Uhr, verfuhrte sich die Ehefrau eines hier wohnhaften Straßenbahnfahrers nach vorausgehenden Streitigkeiten mit ihrem Ehemann

in ihrer Küche zu vergiften. Die Frau wurde ins Städt. Krankenhaus aufgenommen.

Verhaftet wurden: ein 19 Jahre alter Messger aus Neuß, der vom Ersten Staatsanwalt in Düsseldorf wegen schweren Diebstahls gefandt wurde, eine „Indermärterin“ aus Heidelberg wegen Gewerbsunzucht, ein Dienstmädchen aus Raental und ein Tagelöhner aus Ottersdorf wegen Diebstahls, ein 19 Jahre alter Schlosser aus Offen, der wegen Fahrradiebstahls zur Verhaftung ausgeschrieben ist.

Zur Speiderteilung teilt man uns mit: Es sind beim Nahrungsmittelamt Anfragen eingegangen, wie es komme, daß in Karlsruhe der amerikanische Speck zu M. 14.— und M. 16.80 das Pfund verteilt werde, während z. B. Durlach nur M. 6.50 berechne. Der Freisprecher erklärt sich dadurch, daß der Speck, den die Stadt Karlsruhe verteilt, aus Sendungen stammt, die nach dem 1. März 1920 abgenommen worden sind. Der Preis für amerikanisches Schweinefleisch und Speck ist mit Wirkung vom 1. März 1920 an vom Reich auf M. 14.— festgesetzt. Der Kommunalverband Durlach verteilt Speck, der noch aus Sendungen vom Jahre 1919 herührt.

Veranstaltungen.

Obersteier-Konzert im Eintrachtsaal. Die Musikalienhandlung Müller teilt mit, daß zu dem am Dienstag, den 1. Juni, abends 7 1/2 Uhr im Eintrachtsaal stattfindenden Konzert zugunsten der abstimmberechtigten deutschen Obersteierer eine sehr kurze Nachfrage nach Eintrittskarten einreicht hat. Der beste Beweis sowohl für den bevorstehenden hohen Kunstgenuss, als auch für die Bereitwilligkeit der Karlsruher Bürgerchaft, das seit alters her vollkommene deutsche Obersteierland aus fernhin dem Deutichum zu erhalten. Der Vorverkauf wird heute abend geschlossen.

Der Verband der Ruderclubsverfänger und Reanitionierlebenden in Karlsruhe veranstaltet am Dienstag, nachmittags 4 Uhr, im Saale der Restauration Slegler (Rammelfeststraße) eine Versammlung zur Vorbereitung der Rottage in ihren Kreisen.

Senfel — Gennet-Bischer-Abend. Auf den heute abend im großen Festsaal stattfindenden Wagner-Abend von Kammeränger Heinrich Senfel und Gise Gennet-Bischer wird hierüber nochmals hingewiesen. Karten in der Musikalienhandlung Frits Müller und an der Abendkasse.

Deutschnationale Volkspartei. Heute abend findet im „Friedrichshof“ eine Versammlung für Frauen mit Stadtd. Helene Barold aus Pforzheim und Pastor Hermann als Redner statt, am Dienstag abend für gewöhnliche Arbeiter und Studenten im kleinen Festsaal (Redner Prof. Dr. Curtius von Heidelberg); am Samstag abend sprechen im kleinen Festsaal Minister a. D. Dr. Düringer und der Kandidat Kommerzienrat Stadmer.

Letzte Nachrichten.

Wir und die polnische Offensive.

Berlin, 31. Mai. Zu der polnischen Offensive gegen Sowjetrußland heißt es in der Erklärung eines Diplomaten in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die polnische Aktion ist vorläufig die letzte in der Reihe antibolschewistischer Kampfhandlungen, die von vornherein schon tot geboren waren, weil sie mit halben Kräften und mit halbem Herzen und mit völliger Zweideutigkeit unternommen waren. In dem Dilettanten-tümlichen Großmächte am russischen Problem wird dann bemerkt: Unsere eigene Stellung ist eine abwartende, was sicher unserem Herzen und unserer Wirkungsmöglichkeit am besten entspricht, vielleicht auch der Lage Rußlands. Krassin hat gerade vor großen Erwartungen auf einen augenblicklichen Erfolg eindrucksvoll gewarnt. Die Frage ist nun, ob die Gründe für solche an sich richtige Abwarten, nicht allzu wirtschaftliche sind; politisch ließe sich vielleicht doch noch mehr tun.

Finland und Sowjetrußland.

Helsingfors, 30. Mai. (Reuters.) Die Sowjetregierung gab ihre Zustimmung, daß die Friedensverhandlungen zwischen den russischen und finnischen Delegierten am 10. Juni in Dorpat beginnen.

Krassin in London.

London, 31. Mai. (Gavas.) Britische Reizeungsstellen prüfen auf Erlauchen der wirtschaftlichen Sektion des Obersten Rates die Zulieferung Krassin in Bezug auf Rußlands Fähigkeit zur Lieferung von Getreide. Daraus erklärt sich, daß Krassin bisher noch nicht in der Downingstreet empfangen wurde.

Die französischen Eisenbahnen.

Paris, 31. Mai. Nach dem „Journal“ hat der Abgeordnete Louchere einen Gesetzentwurf über die Vereinigung der französischen Eisenbahnen einbringen lassen. Die Staatsbahnen in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 4 Milliarden Francs ausgearbeitet. Es sollen Arbeiteraktien geschaffen werden, die ausschließlich Eigentum des Personals sein sollen, das sich zu einer Genossenschaft vereinigen soll.

Tagesanzeiger. (Wahres ist aus dem Anzeigenteil zu ersehen.)

Montag, 31. Mai.
Deutsche Demokratische Partei. Wählerversammlungen abends 8 Uhr: Rinkheimerstraße: „Rein“, Dittbach: „Krone“, „Felsen“, „Alte Brauerei Kammerer“, Waldhornstraße (Reichstagskandidaten Wöb und Schmidt).
Wagnerabend Senfel-Bischer. Festsaal. 7 1/2 Uhr.
Gewerksverein. Schrempf III. Nichtleiter-Vortrag. 7 1/2 Uhr.

Vom Wetter.

Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte in Karlsruhe auf Grund land- und lufttelegraphischer Meldungen Beobachtungen vom Montag, 31. Mai 1920, 8 Uhr morgens (M. G. S.).

Bei der starken Erwärmung am Samstag erreichten die Temperaturen in der Ebene nahezu 30 Grad, im Hochschwarzwalde 20 Grad. Die bereits vorhandenen Druckbrünnungen kamen gleichzeitig zur vollen Entladung und führten bereits in der folgenden Nacht, sowie am Sonntag vormittag wiederholt zu Gewittern und stärkeren Regenfällen. (Karlsruhe 31 Liter pro Quadratmeter.) Darnach ist Abkühlung erfolgt, so daß die Höchsttemperaturen gestern durchschnittlich 6 Grad tiefer lagen als am Vortag. Da hoher Druck erneut binnenwärts sich ausbreitet, steht wieder heiteres und warmes Wetter in Aussicht.

Badische Politik.

Die Besteuerung des Liegenschafts- und Betriebsvermögens.

Mit der Einführung direkter Reichsteuern auf 1. April 1919 sind die Einkommen- und Vermögenssteuer auf diesen Zeitpunkt außer Wirksamkeit gesetzt worden.

Nach dem badischen Vermögenssteuergesetz sind die Liegenschafts-, Betriebs- und Kapitalvermögen steuerpflichtig. Von diesen Vermögensarten besteuert das Reich nur die letztere durch das Kapitalertragssteuergesetz.

dieser Steuer Betroffenen wegen Nichtberücksichtigung der Schulden werden in verhältnismäßigem Maße wieder aufleben. Günstigerweise hat das neue Gesetz vorerst nur für das Steuerjahr 1. April 1920/21 Gültigkeit.

Innen für ihre Rechnung aus den Steuerwerten des Liegenschafts- und Betriebsvermögens vorerst auch nur für ein Jahr Umlage erheben.

Tagung des Badischen Philologenvereins.

Zu den letzten Matineen fand in Offenbach die Haupt- und Landesversammlung des Badischen Philologenvereins statt, zu der über 200 Mitglieder aus allen Landesstellen erschienen waren.

Die wichtigste Angelegenheit der Tagung war die Erörterung der Frage über die Vereinigung der drei Oberklassen. Vorträge hierzu hatten Direktor Bucher, Oberlehrer Dr. Schmitt, Direktor Seiffert, Oberlehrer Dr. Schmitt, Direktor Seiffert, Oberlehrer Dr. Schmitt.

Am letzten Abend der Tagung wurde dann schärfster Protest erhoben, daß bei der Vorbereitung der Reichskonferenz für eine ganze Reihe von sehr wichtigen Fragen, die in das Leben der höheren Schulen tief einschneiden, die deutsche Philologenschaft nicht in ausreichendem Maße gehört worden ist.

betreffen. Zur Behandlung dieser Fragen, besonders die Forderung der Abgrenzung der Universität und der Bewegungsfreiheit wurden besondere Ausschüsse gebildet.

Sozialpolitische Rundschau.

Das Ortskartell der freien Angestelltenverbände teilt uns mit:

Der zwischen dem Arbeitgeberverband der Industrie des Landesamtesbezirks Karlsruhe, dem Ortskartell der freien Angestelltenverbände, der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände und der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Vereine für weibliche Angestellte in Karlsruhe am 10. Februar 1920 abgeschlossene zweite Nachtrag zu dem allgemeinen verbindlichen Tarifvertrag vom 30. Mai 1919 zur Regelung der Gehalts- und Angehörigenbedingungen für die kaufmännischen und technischen Angestellten in der Industrie wird gemäß § 2 der Vereinbarung vom 23. Dezember 1918 für das Gebiet der Amtsbezirke Karlsruhe, Durlach und Ettlingen für allgemein verbindlich erklärt.

Der Bericht d. Pädagogiums Neuenheim-Heidelberg (Dr. Volz) mit Familienheim enthält u. a. für 1919: 25 Einjähr., 8 Primaner (7, 8, 9. Klasse, 7 Abiturienten (Absolutor.) an Ober- Realschule, Gymnasium, Real-Gymnasium.

Unser Ziel!

Die gerechte, sachliche und verständige Berücksichtigung der Interessen aller Berufsstände, aller Landesteile und damit des gesamten Volkes!

- 1. Curtius, Justus, Dr. jur., Stadtv., Heidelberg
2. Brißner, Hrch., Landw. u. Wagnerstr. in Brühl
3. Ehardt, Karl, Oberamtmann a. D. Mannheim
4. Hofheinz, Aug., Hauptlehrer, Freiburg i. Br.
5. Dechend, Hedwig, Frau, Konstanz
6. Wilfer, Ad., jung, Kaufmann, Karlsruhe
7. Reppler, Hans, Arb.-Sekretär, Heidelberg
8. Koch, Hch., Metzgerstr. u. Stadtrat, Heidelberg
9. Sütterlin, Alf., Landw., Feldberg u. Müllheim
10. Jähne, Fritz, Dipl.-Ing., Schwezingen
11. Hennings, Helene, Handlg.-Beh., Mannheim
12. v. Schubert, H. D. Dr. Geh. Rat Professor, Heidelberg
13. Heim, Jos., Zugmeister, Karlsruhe
14. Aschenbach, Alf., Major a. D., Müllheim
15. Ringwald, Karl, Fabr., Steinen, A. Lörrach
16. Steiner, Wikt., Rechtsanwalt, früher Straßburg, jetzt Heidelberg
17. Eckardt, Sofie, Frau, Dr. phil., Heidelberg
18. Held, Georg, Hotelbesitzer, Rehl
19. Fränkle, Karl, Landwirt und Bürgermeister, Müllheim.

Wähler und Wählerinnen! Wem das Wohl seiner selbst und des gesamten deutschen Volkes am Herzen liegt, der wählt am 6. Juni nichts anderes als die

Liste Curtius.

Deutsche Volkspartei.

Beitritt und Austunft bei den Ortsgruppen und der Geschäftsstelle Karlsruhe, Kriegsstraße 71. Fernruf 878.

Gutes Bier ist das beste u. billigste Erfrischungsgetränk. Brauerei Schrempp Karlsruhe.

Städt. Fischhalle hinter dem Bierordfah. Heute frisch eingetroffen: Kabeljau, Schellfische, Seelachs, Koltungen und Schollen.

Herrenstätt - Wäsche. Herrenstätt 60 Pfa., Maniketten 80 Pfa., Vorhemden 80 Pfa.

Heute abend 8 Uhr (groß.) Festhallensaal HENSEL Gentner-Fischer. Karten in der Musikalienhandl. Fritz Müller und an der Abendkasse.

Eintrachtsaal Dienstag, 1. Juni Konzert der Oberschlesler. Mebelloge J. O. O. F. Mittwoch 8 Uhr G. d. L. Samstag 8 Uhr Fam.-Abend.

Aluminium! Aluminium! Ausnahme-Angebot. Auf meine bekannt vorteilhaften und billigen Preise biete ich, voraussichtlich nur auf kurze Zeit, infolge Entgegenkommens meiner 100% Rabatt.

Phorosan-Heilanstalt für Haut- und Geschlechtskranke. Karlsruhe, Kaiserstrasse 91 III. Schmerzlose Behandlung der Gonorrhoe nach dem neuen Phorosan-Verfahren.

Haier-Auszugsmehl. Besonders helle Ware. Verkauf den Deutschen zu 21. 500.- (einschließlich Zeh).

Apotheker (82 Jahre alt) sucht vermögensreiches, feines zu lernen. Anrede unter Nr. 883 im Tagblattbüro ergehen. Reparatur-Werkstätte Email- u. Blechwaren werden repariert.

Das ganze Jahr hindurch Wiederaufstellung aller beschädigten Puppen. Großes Lager sämtlicher Ersatzteile sowie gekleideter und ungekleideter Puppen.

H. Bieler, Kaiserstr. 223 zwischen Douglas- und Hirschstraße. Briefumschläge zur Reichstagswahl bietet an.

Dr. med. Stahl Frauenarzt verreist. Waschbecken, Klosetts, Badewannen, Heizöfen. Emil Schmidt & Kons. Kaiserstraße 209.

Brennholz. Haben laufend aus unseren Beständen in Westfalen prima Buchenholz in Rollen und Scheiter von 5 und 8 cm aufwärts zu billigen Preisen abzugeben.